

2005 - Freiheit – Gleichheit- Solidarität

0. Präambel

Wir Jusos stehen als moderne Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine linke Politik, die sich auf der Basis der Traditionen der Arbeiterbewegung und der Ideen des Demokratischen Sozialismus ständig weiterentwickelt und modernisiert. Auf der Grundlage unserer Vision von einer gerechten, demokratischen, offenen, toleranten und den Mensch achtenden Gesellschaft und im Bewusstsein, dass der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen grundsätzlich Vorrang vor allen anderen politischen Motivationen zu gewähren ist, geben sich die Jusos Hessen-Süd folgendes Programm:

1. Der Dreiklang „Freiheit - Gleichheit – Solidarität“

Die Gesellschaft ist für uns mehr als eine Summe von nebeneinander her oder gar ausschließlich in Konkurrenz lebender Individuen. Unser Gesellschaftsbild ist geprägt vom Ideal der gesamtgesellschaftlichen Solidarität und der gegenseitigen Verantwortung füreinander aber auch der Verantwortung des oder der Einzelnen für die gesamte Gesellschaft. Im Rahmen dieser Verantwortung muss es dem oder der Einzelnen möglich sein, sich selbst so weit dies irgend machbar ist, zu entfalten und zu verwirklichen. Wir bekennen uns zu Freiheit und Selbstbestimmung als zentrale Errungenschaften einer modernen Demokratie.

Dabei ist uns bewusst, dass die individuellen Möglichkeiten der Selbstentfaltung von unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen bestimmt sind. Gleichheit bedeutet für uns neben der rechtlichen Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger unter anderem auch, diese Unterschiede auszugleichen und so tatsächlich für alle die gleichen Chancen zu gewährleisten.

Diese Ideale können und wollen wir im Rahmen unserer repräsentativen parlamentarischen Demokratie verwirklichen.

2. Herausforderungen an den sozialen Staat

2.1. Armut verhindern - Armut bekämpfen

Armut ist trotz des allgemeinen Reichtums in ist der Bundesrepublik ein ernstes Problem, dem wir aktiv entgegen treten müssen. Unser Ziel ist es, den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich mit Hilfe der Gesellschaft selbst aus ihrer Armut zu befreien. Dennoch muss es unabhängig vom Verhalten der Betroffenen immer ein letztes soziales Netz geben, um Armut wirksam zu bekämpfen.

Vorrang hat für uns jedoch eine Politik der Armutsverhinderung, durch die die Menschen in die Lage versetzt werden, unabhängig von staatlichen und privaten Transfers ein Leben frei von Armut zu führen. Dies bedeutet auch, der immer weiter auseinander gehenden Schere zwischen Arm und Reich durch eine mutige Politik der sozialen (Verteilungs-)Gerechtigkeit entgegen zu wirken. Dabei ist es für uns insbesondere nicht länger hinnehmbar, dass das größte Armutsrisiko in unserem Land noch immer in dem Umstand Kinder zu haben besteht.

2.2. Menschenrecht Gesundheit sichern

Die Qualität der Gesundheitsversorgung hat direkte Auswirkungen auf die Lebensqualität und letztlich die Frage von Leben und Tod - zumindest jedoch auf die Lebensdauer. Da die individuellen Krankheitsrisiken ungleich und oft genug antiproportional zum Einkommen verteilt sind, darf der Zugang zur Gesundheitsversorgung nicht vom Geldbeutel abhängen, sondern muss für Alle in gleicher Weise garantiert sein.

Deswegen setzen wir auf das System der .solidarischen Bürgerversicherung., die alle Einkommensarten und -gruppen in das System der Krankenversicherung integriert. Einer Politik der fortwährenden „Reform“ des Gesundheitswesens zu Lasten der Kranken und Versicherten erteilen wir eine klare Absage.

2.3. Für eine ehrliche Drogenpolitik

Die derzeitige Drogenpolitik unterscheidet nicht nach Konsummustern oder Konsummotiven, sondern folgt einer letztlich willkürlichen Einteilung in legale und illegale Drogen. Die damit zwangsläufig verbundene Umgehung der geltenden Verbote sorgt für einen der staatlichen Kontrolle entzogenen Schwarzmarkt, dessen Folge unter anderem Beschaffungskriminalität ist.

Wir setzen auf eine ehrliche, am Menschen ausgerichtete Drogenpolitik, die grundsätzlich allen Menschen ein Recht auf Genuss und Rausch genauso zugesteht, wie ein Recht auf Hilfe. Hinzu kommen eine erweiterte Suchtprävention und ein weit gehender Verbraucherinnen- und Verbraucherschutz.

2.4. Generationengerechtigkeit statt Generationenkonflikt

Wir stehen für eine solidarische und gerechte Gesellschaft, auch und gerade zwischen den Generationen. Jede Generation muss einerseits den Nachfolgenden die soziale, ökologische und ökonomische Grundlage erhalten und darf zugleich auf die Solidarität der Jüngeren vertrauen. Dabei sehen wir durchaus die unterschiedlichen Interessen. Die Frage der gerechten Verteilung von Wohlstand ist für uns allerdings keine Frage zwischen den Generationen, sondern nur gesamtgesellschaftlich zu behandeln.

2.5. Solide Alterssicherung garantieren

Die eigenständige Alterssicherung von Männern und Frauen ist für uns ein zentrales Ziel der Sozialpolitik. Eine von den Schwankungen der Kapitalmärkte unabhängige Sicherung eines würdigen Lebensabends für Alle - also auch für diejenigen, die aufgrund ihrer geringen Sparfähigkeit eine private Altersvorsorge nicht aufbauen können - kann nur innerhalb eines staatlichen Systems garantiert werden. Ein solches System erlaubt zusätzlich eine gezielte Umverteilung, um beispielsweise Kindererziehung, Ausbildung oder Pflege von Familienangehörigen oder Phasen der Nichterwerbsarbeit, sowie das Ziel der Gleichstellung von Mann und Frau angemessen zu berücksichtigen.

Das deutsche Rentenversicherungssystem darf dabei aufgrund der geänderten Lebensverhältnisse nicht mehr auf dem Modell des männlichen Alleinverdieners (evtl. verbunden mit einer dauerhaften Ehe) aufbauen. Viel mehr streben wir eine eigenständige Alterssicherung Aller an, die die veränderten Familienmodelle sowie

den Wunsch nach stärkerer Individualität und wirtschaftlicher Unabhängigkeit berücksichtigt.

3. Die Wirtschaft ist für die Menschen da

Die Wirtschaftspolitik soll den Wohlstand mehren, dabei stets den einzelnen Menschen im Blick haben und sozial und ökologisch nachhaltig sein. Eigentum verpflichtet.

3.1. Realitäten anerkennen

Wir stellen uns der Realität, dass das lange geforderte Ziel der Vollbeschäftigung im ursprünglichen Sinne nicht zu erreichen ist. Daraus folgt die Notwendigkeit alle Bürgerinnen und Bürger durch ein neues, ganzheitliches Konzept abzusichern, das auch in Phasen der Nicht-Erwerbsarbeit . seien diese erzwungen oder freiwillig . einen angemessenen Lebensstandard für Alle garantiert.

Die Erwerbsarbeit muss dabei flexibler an die individuelle Lebensplanung angepasst werden können. Dazu zählt insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aber auch der Übergang von einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis zu selbständiger Tätigkeit oder Pausen der Erwerbsarbeit für Familie (Kinder, Altenpflege) oder Fort- und Weiterbildung müssen künftig problemlos möglich sein.

3.2. Zukunftsfaktor Qualifikation

Der entscheidende Punkt für die Zukunftsfähigkeit der deutschen und der europäischen Wirtschaft ist die Qualifikation der Menschen. Zentral für uns ist, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält, denn dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür ein selbstbestimmtes Leben aufbauen zu können.

Dafür tragen die Unternehmen die soziale und gesellschaftliche Verantwortung, in die die Politik sie notfalls zwangsweise zu nehmen hat. Wir stehen zudem für ein dauerhaftes, lebenslanges Lernen, das nicht allein durch die Interessen des jeweiligen Arbeitgebers geprägt sein darf. Neben der Verbreiterung der beruflichen Qualifikation müssen auch die politischen Rahmenbedingungen für die selbstbestimmte Fort- und Weiterbildung (beispielsweise Bildungsurlaub, Volkshochschulen) entschieden ausgebaut werden.

3.3. Wirtschaftsförderung ist Mittelstandspolitik

Die deutsche Wirtschaft ist vom Mittelstand geprägt. Hier entsteht ein Großteil der Wertschöpfung und der Arbeitsplätze. Eine gezielte Mittelstandsförderung ist daher unerlässlich. Dazu gehört auch, die bisherige Praxis der an den Bedürfnissen der Großunternehmen orientierten Wirtschaftsförderung zugunsten einer auf den Mittelstand ausgerichteten Wirtschaftsförderung zu revidieren.

3.4. ArbeitnehmerInnenrechte sichern

Die Rechte von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlter Urlaub, Arbeitsschutz, Streikrecht oder der Schutz vor willkürlicher Kündigung dürfen nicht angetastet werden. Die betriebliche Mitwirkung und Mitbestimmung sowie die Fortbildungsmöglichkeiten wollen wir wieder ausbauen.

Damit auch auf internationaler Ebene Belegschaften nicht gegeneinander ausgespielt werden, wollen wir die Schaffung und Stärkung internationaler ArbeitnehmerInnenstrukturen.

4. Finanzpolitik statt Haushaltspolitik

4.1. Finanzielle Handlungsfähigkeit sicherstellen

Damit der Staat seine umfassenden Aufgaben erfüllen kann, müssen über Steuern die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Und da sich nur Reiche einen armen Staat leisten können, müssen wir dafür Sorge tragen, dass alle staatlichen Ebenen (Bund, Länder und Kommunen) ihre Handlungsfähigkeit durch eine entsprechende Finanzausstattung zurück erlangen.

Neben den zentralen staatlichen Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, sowie in Infrastruktur, gehören auch gesamtgesellschaftliche Aufgaben aus Steuermitteln finanziert und dürfen nicht mehr in Form von versicherungsfremden Leistungen den Sozialversicherungssystemen aufgebürdet werden.

4.2. Steuergerechtigkeit schaffen

Grundlage für die individuelle Besteuerung ist die jeweilige Leistungsfähigkeit, das heißt höhere Einkommen müssen entsprechend mehr zur gesamtgesellschaftlichen Finanzierung beitragen als niedrige. Dabei wenden wir uns entschieden gegen die derzeitige Ungleichbehandlung der verschiedenen Einkommensarten. Neben den Arbeitseinkommen oder dem Einkommen aus selbständiger Tätigkeit müssen auch Einkommen aus Vermögen und Erbschaften angemessen besteuert werden. Grundsätzlich sprechen wir uns für eine weitgehende Steuervereinfachung aus.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Besserverdienende sich durch Steuerschlupflöcher ganz legal „arm rechnen“ können, während Geringverdiener eine relativ hohe Gesamtbelastung haben.

Dabei ist der nominelle Steuersatz, insbesondere der Spitzensteuersatz, für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, wichtig. Für eine gerechte Aufteilung der Finanzierungslast ist jedoch letztlich die tatsächliche Steuerlast entscheidend.

Wir erwarten eine Harmonisierung der Besteuerungsgrundlage und die Einführung einer europäischen Mindestbesteuerung von Unternehmen.

4.3. Steuerliche Wirkungen nutzen

Eine Steuerreform muss immer ökologische Anreize setzen und darf gesellschaftspolitische Ziele nicht konterkarieren. Wir setzen uns daher unter anderem für die Beibehaltung und Ausweitung der Ökosteuer sowie für die Abschaffung der steuerlichen Förderung der Ehe zugunsten der vermehrten Förderung von Familien mit Kindern ein.

5. Ein Recht auf Bildung. Lebenslang.

5.1. Frühkindliche Bildung verbessern

Eine kostenlose, verpflichtende und vorschulische Bildung ab dem dritten Lebensjahr ist wichtig, um Lernrückstände, zum Beispiel im sprachlichen Bereich aufzuarbeiten, aber auch besondere Neigungen und Fähigkeiten zu fördern. Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder jeden Alters müssen daher flächendeckend und der Nachfrage entsprechend ausgebaut werden.

Unser Ziel ist dabei die ausnahmslose Einschulung in die Grundschule mit dem Erreichen des fünften Lebensjahres unter Verzicht auf Rückstellungen. Statt dessen plädieren wir für Eingangsförderpläne, die ständig weitergeführt werden und einen Unterricht, der sich dem Lern- und Entwicklungsstand der Schülerinnen und Schüler anpasst, statt diese zur Anpassung an den Unterricht zu zwingen.

5.2. Eine gemeinsame Schule für alle

Wir wollen ein Bildungssystem, das nach den Maximen der demokratischen Erziehung, Chancengleichheit, Gerechtigkeit, sozialen Kompetenz, Individualität und Solidarität neu geordnet wird. In Anerkennung der menschlichen Vielfalt, unterschiedlicher Lernfähigkeiten - denn jeder Mensch lernt unterschiedlich schnell und gut - sowie der Einsicht, dass es schlicht keine homogenen Lerngruppen geben kann, ist die Einführung einer Schule für alle. (Universalschule) als flächendeckende Regel- und Ganztageschule notwendig.

Die Dimensionen der Heterogenität umfassen dabei die Geschlechterrolle, Behinderungen, unterschiedliche sprachliche und kulturelle Herkunft im Sinne einer interkulturellen oder antirassistischen Erziehung sowie die Heterogenität bildungsferner und bildungsnaher Milieus mit unterschiedlichen sozialen Umfeldern, auch die Heterogenität weltanschaulicher Orientierungen im Sinne eines interreligiösen oder multiethischen Unterrichts sowie die Heterogenität verschiedenster Lebensentwürfe und sexueller Orientierungen. Die Universalschule ist folglich eine integrative, aussonderungsfreie Reformschule, die der tatsächlichen gesellschaftlichen Heterogenität Rechnung trägt und den Umgang und die Akzeptanz derselben jeder/jedem SchülerIn erfahrbar macht.

Die Universalschule soll nach dem Besuch der Grundschule bis zur 13. Jahrgangsstufe die einzige, allgemeine und verpflichtende Schulform sein, um allen Schülerinnen und Schülern abseits jeglicher Stigmatisierung die bestmögliche Ausbildung zu ermöglichen und zu gewährleisten.

Auch Berufsschulen und Werkstufen sind in diesem Konzept integriert, um den Schülerinnen und Schülern während der letzten drei Schuljahre verstärkt individuelle Schwerpunktsetzungen zu ermöglichen. Dieses Schulkonzept impliziert folglich neben der Abschaffung der verschiedenen Schulformen auch eine Abschaffung von Privatschulen und Sonderschulen.

Das Konzept der Schulsozialarbeit wird in die Universalschule integriert, so dass Schülerinnen und Schüler notwendige Hilfe durch diese Arbeit erhalten können. Die Universalschule trägt Sorge, dass alle Schülerinnen und Schüler bei Abgang der Schule einen Abschluss erhalten.

Ab dem ersten Schuljahr sollte die Schule als Ganztagschule organisiert werden, die sich als Sozialraum Schule präsentiert und Schülerinnen und Schülern Ruhepausen sowie die gemeinsame Einnahme von Mahlzeiten ermöglicht. In ihrer Gestaltung sollte die gebundene Ganztagschule sich an Interessen von Schülerinnen und Schülern orientieren und ihnen neben dem Unterricht auch die Möglichkeit bieten, sich gemäß ihren persönlichen Neigungen und Bedürfnissen zu entfalten.

5.3. Hochschule

Die Aufnahme eines Studiums darf nicht von der individuellen Vermögenssituation abhängen. Dies gilt auch für Studienaufenthalte im Ausland. Die staatliche Förderung (BAFöG) muss entsprechend ausgebaut werden. Wir lehnen Studiengebühren, Studienkonten und ähnliches ab. Für ausländische Studierende soll die Aufnahme eines Studiums in Deutschland erleichtert werden.

Unser Ziel ist eine demokratischere Hochschule. Die Hochschule muss sich öffnen. Unerlässliche Voraussetzung dafür ist die Teilnahme der Studierenden am hochschulpolitischen Geschehen. Die Verfasste Studierendenschaft muss erhalten bleiben und gefördert werden.

Wir fordern zudem ein klares Finanzierungskonzept für Universitäten und Fachbereiche, das die garantierte Ausstattung in den wichtigen Kernbereichen sichert, um zu verhindern, dass reine Verwertungslogik, Kürzungsorgien die Dominanzen großer Fächer diese Kerne gefährden.

5.4. Lebenslanges lernen

Die individuelle Bildung ist mit dem Abschluss einer Berufs- oder Hochschulausbildung nicht beendet. Jedem muss die Möglichkeit der lebenslangen Weiterbildung offen stehen.

6. Familie ist da, wo mehrere Generationen zusammenleben

Mit der Gesellschaft haben sich auch die Familienmodelle gewandelt und sind vielfältiger geworden. Der Staat hat daher die Familien zu fördern, nicht die Institution Ehe. Neben einer finanziellen Förderung müssen dabei die Bedingungen für Familien verbessert werden. Dazu gehört für uns die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl für Mütter als auch für Väter. Dies beginnt mit einer qualifizierten Kinderbetreuung und einem Mentalitätswandel in den Unternehmen hin zu möglichst flexiblen Arbeitsbedingungen. Alleinerziehende müssen in die Lage versetzt werden ohne Probleme einen Beruf auszuüben, um die Familie von der Stigmatisierung eines dauerhaften Bezugs staatlicher Hilfe zu befreien. Eltern sollten in ihrer Erziehungsaufgabe durch professionalisierte Beratung gestärkt werden. Das staatliche System muss hier bereits präventiv eingreifen. Aber auch die Pflege von Angehörigen stellt Familien vor große Herausforderungen. Wir wollen Lebensqualität für Ältere sicherstellen, würdige Pflege für alle gewährleisten und die Vereinbarkeit von Beruf und Pfl egetätigkeit vereinbaren.

7. Gleichstellung

Die Jusos treten dafür ein, dass in Unternehmen und Staat Aufklärungskampagnen und Gleichstellungskonzepte wie Gender Mainstreaming stattfinden. in Unternehmen und Staat. Die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern und das Aufbrechen stereotyper Berufsrollen („klassische“ Männer- bzw. Frauenberufe) tragen zu mehr Chancengleichheit und einer gerechteren Arbeitsaufteilung auch innerhalb der Familien bei. Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die in alle politischen Bereiche einbezogen werden muss. Sie hat das Ziel, das Verhalten von Frauen und Männern dahingehend zu verändern, dass stereotype Rollen, z.B. auch das Denken in „klassischen“ Männer- beziehungsweise Frauenberufe, endlich aus den Köpfen der Menschen verschwindet. Hierbei geht es um als nur die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern zu erreichen; dies stellt aber einen ersten Schritt zur Verwirklichung unserer Ziele dar und wird daher von uns offensiv vertreten.

8. oneEurope - die Vision eines vereinten Europas

Die Forderung nach einem geeinten Europa ist nicht neu: Bereits 1925 forderte die SPD in ihrem Heidelberger Programm die .Vereinigten Staaten von Europa., weil sie hierdurch hoffte, besser zur .Interessensolidarität der Völker aller Kontinente. zu gelangen. Die friedliche Lösung internationaler Konflikte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Recht von Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung, internationale Abrüstung und die Forderung nach einer dringend notwendigen europäischen Wirtschaftseinheit, mit der den negativen Folgen der Globalisierungsfolgen besser zu begegnen gewesen wäre, sind bis heute hoch aktuell.

8.1. Für ein soziales Europa

Angesichts der Globalisierung und weltweiter wirtschaftlicher Verwerfungen rücken soziale Probleme immer stärker ins Blickfeld. Soziale Fragen waren und sind ein wichtiger Bestandteil der europäischen Integration. Dennoch ist der „europäische Sozialraum“ bislang noch zu wenig konkretisiert. Die Europäische Union soll zu einem „Europa der Bürgerinnen und Bürger“ werden. Dafür braucht sie eine deutlich besser abgestimmte Sozialpolitik auf hohem Niveau. Wir Jusos wollen, dass den sozialen Zielen der Europäischen Union, Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, Sicherung des sozialen Friedens, und Förderung von nachhaltiger Entwicklung, zukünftig mehr Bedeutung auf europäischer Ebene beigemessen wird. Hierzu zählen insbesondere der Schutz der nationalen Sicherungssysteme und die Sicherung der Mindeststandards in den Bereichen Mitbestimmung, Chancengleichheit und Arbeitsschutz.

8.2. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg

Wir stehen für internationale Solidarität, die Einhaltung der Menschenrechte, einen gerechten und fairen Welthandel, sowie die gerechte Verteilung lebenswichtiger Ressourcen.

Nur eine sozial gerechte Verteilung von Reichtum, die Schaffung friedlicher Demokratisierungsprozesse, sowie sozialer Sicherheit in allen Teilen der Welt, wird langfristig Frieden bewirken. Deswegen gilt für uns, dass die Menschenrechte grundsätzlich Vorrang vor außenwirtschaftlichen Überlegungen haben. Auch

Waffenlieferungen und Rüstungsprojekte können einem friedlichen Miteinander nicht dienlich sein; sie sind daher zu stoppen.

8.3. Zivile Alternativen schaffen

Kriege sind für uns kein geeignetes Mittel der Politik. Sie verursachen zusätzliches Leid, zerstören Infrastruktur und treffen immer zuerst die Zivilbevölkerung. Dabei lassen sich sämtliche Konflikte, lange bevor militärisches Eingreifen überhaupt erwogen wird, erkennen.

Wir wollen den vollständigen Verzicht auf die militärische Option. Deswegen setzen wir auf zivile Alternativen, die bereits lange bevor die Gewalt eskaliert ansetzen. Diese müssen sowohl (wie beispielsweise der Zivile Friedensdienst) auf lokaler und regionaler Ebene als auch auf staatlicher und (wie beispielsweise die OSZE) multilateraler Ebene installiert und gefördert werden.

Ein weiterer Aufbau militärischer Eingriffskapazitäten im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bindet in diesem Zusammenhang lediglich finanzielle Mittel, die für eine zivile Strategie benötigt werden. Wir lehnen dieses daher ab und setzen auf eine Strategie der frühzeitigen Konfliktvermittlung und -bearbeitung sowie der globalen Armutsbekämpfung.

8.4. Eine moderne Politik der Entwicklungshilfe

Wir wollen eine Entwicklungshilfe, die nicht Mittel zum Zweck eigener wirtschaftlicher Interessen ist und der Bewahrung und dem Schutz kultureller Fähigkeiten verpflichtet ist. Ziel einer solchen modernen Entwicklungshilfe muss es auch sein, den Zusammenschluss zu staatenübergreifenden Interessensverbänden zu fördern, den Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung sicher zu stellen und . durch kulturellen Austausch . zum Abbau historischer Rivalitäten beizutragen. Nur die regionale Verbindung gemeinschaftlicher wirtschaftlicher und kultureller Interessen kann langfristig den Frieden sichern. National, auf europäischer und auf internationaler Ebenen müssen dafür Konzepte für eine bessere Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe geschaffen werden. Dabei geht es uns auch um eine tatsächlich bedarfsgerechte Hilfe: so sind die heutigen Kriterien, wie die Kategorisierung in Erste, Zweite (Schwellenländer) und Dritte Welt oder die Bewertung nach Bruttoinlandsprodukt und Alphabetisierungsrate inzwischen schlicht veraltet und damit im schlimmsten Falle kontraproduktiv.

9. Innenpolitik ist mehr als nur „innere Sicherheit“

9.1. Grundrechte schützen

Die Grundrechte sind ausdrücklich Abwehrrechte des Einzelnen gegen den Staat und als solche nicht nur eine große historische Errungenschaft sondern auch im 21. Jahrhundert ein wertvolles Gut an sich. Wir sind gegen jegliche Beschneidung der Grundrechte, insbesondere der Freiheitsrechte und lehnen die Aufweichung von rechtstaatlichen Grundsätzen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung ab. Das gilt insbesondere für solche Maßnahmen, die auf einen Generalverdacht gegen ganze Personengruppen, wie ausländische Studentinnen und Studenten und Personen bestimmter Religionsgemeinschaften beruhen (Rasterfahndung, Ausländerzentralregister).

9.2. Demokratie lebt von den Bürgerinnen und Bürgern

Wir möchten eine lebendige Demokratie. Mit dem Wahlrecht ist es nicht getan, vielmehr stehen wir für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche. Dies gilt insbesondere für Unternehmen, aber auch den Schulen und Universitäten. Daneben ist die Transparenz der politischen Prozesse eine Voraussetzung, damit sich Bürgerinnen und Bürger mittels Stellungnahmen oder (Bürger-) Initiativen aktiv einmischen können. Ohne das Engagement von ehrenamtlich Tätigen wären viele Aktivitäten im sozialen und kulturellen Raum nicht denkbar. Dies wollen wir fördern.

9.3. Zuwanderung als Bereicherung begreifen

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Ganz besonders hinsichtlich der humanitären Verantwortung Deutschlands gegen- über der Welt muss es ein Zuwanderungsgesetz geben, das es Menschen ermöglicht, in der BRD zu leben und zu arbeiten. Auch hinsichtlich des weltweiten Wettbewerbs um die klügsten Köpfe müssen die Einwanderungsmöglichkeiten für Forscher und Wissenschaftler erleichtert werden. Die entsprechenden Gesetze sind jedoch mit Augenmaß zu schreiben und auf europäischer Eben zu verwirklichen. Eine massive Zuwanderung darf hierbei nicht zu unverhältnismäßigen Lasten des deutschen Arbeitsmarktes bzw. der deutschen Arbeitnehmer geschehen.

Die Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten hat Priorität. Besonders in Bezug auf Sprache und Gesellschaftskunde fordern wir für alle hier lebenden Migrantinnen und Migranten ein flächendeckendes Bildungs- und Qualifizierungsangebot. Ziel ist die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, dazu gehört für uns auch der Erwerb der vollen Bürgerrechte. Einbürgerungen wollen wir erleichtern.

9.4. Ein echtes Recht auf Asyl gewähren

Wir streben eine gesamteuropäische Lösung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik, die sich am Grundgedanken des ursprünglichen deutschen Asylrechts (.Politisch verfolgte genießen Asyl..) und der Rechtssprechung des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte orientiert, an. Zusätzlich sollen geschlechtsspezifische und religiöse Verfolgung als Asylgründe anerkannt werden.

9.5. Für eine tolerante Gesellschaft

Ziel ist eine offene, tolerante und pluralistische Gesellschaft, in der sich jede und jeder optimal entfalten kann. Diskriminierungen und Vorurteilen gegen Minderheiten wollen wir aktiv entgegen wirken. Ausgeschlossen werden müssen Benachteiligungen aufgrund des Geschlechtes genau wie aus Gründen von Herkunft, Religion, geschlechtlicher Orientierung, körperlichen und geistigen Behinderungen, Alter etc. Wir verurteilen daher auch jede Form von politischem oder religiösen Extremismus. In einer freiheitlichen Gesellschaft darf kein Platz sein für dumpfe Intoleranz, insbesondere verwehren wir und gegen jegliche Form von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus und werden in unserem Bestreben um eine offensive zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Themen nicht nachlassen. Dort, wo die Möglichkeiten einer solchen

Auseinandersetzung erschöpft sind, schrecken wir auch nicht vor der vollständigen Ausschöpfung polizeilicher und strafrechtlicher Mittel zurück.

9.6. Innere Sicherheit

Eine wesentliche Aufgabe des Staates ist es, die Menschen vor Kriminalität zu schützen. Diese Aufgabe muss eine professionelle, gut qualifizierte und ausgestattete Polizei übernehmen. Wir lehnen einen freiwilligen Polizeidienst ab.

Dabei wissen wir, dass das subjektive Sicherheitsgefühl nicht unbedingt etwas mit der realen Bedrohung zu tun hat und wesentlich zum individuellen Wohlbefinden beiträgt. Dennoch lehnen wir Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte durch eine sinnlose Überwachungstechnik ab und verurteilen das populistische Schüren von Ängsten. Vielmehr wollen wir durch das Beseitigen von Angsträumen und die Förderung von intakten nachbarschaftlichen Beziehungen den Menschen Sicherheit geben.

Die Forderung nach härteren Strafen erheben Populisten regelmäßig. Wir setzen auf eine intelligente Sicherheitspolitik, bei der insbesondere die Ursachen von Kriminalität bekämpft werden.

9.7. Medienpolitik ist Zukunftspolitik

Freiheit und Gerechtigkeit sind im Rahmen der Medienwelt nicht zu vernachlässigen. Freiheit bedeutet in diesem Zusammenhang vor allem die Freiheit an der Mediendemokratie teilnehmen zu können. Gerechtigkeit bedeutet, dass die Teilnahme ohne Barrieren geschehen kann. Weder Bildung oder Finanzen noch Technik dürfen dem im Weg stehen. Eine möglichst frühe Medienerziehung geht einher mit dem Wunsch des lebenslangen Lernens.

Im Rahmen der Informationsgesellschaft stehen der Schutz des Datenschutzes, die Ablehnung von Softwarepatenten, die genaue Beobachtung der Öffentlich-Rechtlichen Medien und eine stärkere Kontrolle der GEZ auf der Agenda. Die GEZ sollte abgeschafft werden, zugunsten einer Steuerfinanzierung des öffentlich rechtlichen Fernsehens.

10. Eine lebenswerte Welt erhalten

10.1. Klimaschutz hat Priorität

Schon die bis Heute erzeugten Emissionen können zu einem weltweiten Klimawandel mit dramatischen Folgen für Mensch und Natur führen.

Aus diesem Grund sehen wir die Klimaschutzziele des Kyoto-Protokolls als einen ersten Schritt in die richtige Richtung, deren Verbindlichkeiten und Reduzierungsziele schnell umgesetzt und vor allem weiterentwickelt werden müssen. Ein wesentlicher Schritt hierfür ist das weitere Ringen um die Einbindung der bisherigen „Kyoto-Verweigerer“ in den Prozess.

10.2. Ressourcen schonend verwenden

Wir wollen eine konsequent Ressourcen schonende Politik. Die Einsparung von Energie und Rohstoffen muss dabei nicht zu Lasten des Wohlstandes gehen. Im

Gegenteil wollen wir durch eine konsequent ökologisch nachhaltige Politik eine .Effizienzrevolution. in Gang setzen, die aus einer Ressourceneinheit im Vergleich zu heute ein vielfaches an Wohlstand gewinnt. Es geht also ausdrücklich nicht um Einschränkungen und Verzicht sondern um eine effizientere Nutzung der vorhandenen Ressourcen. Dies gilt neben Energie auch für sämtliche Stoffkreisläufe.

10.3. Die Effizienzrevolution vorantreiben

Der Übergang von fossilen Energieträgern hin zu regenerativen soll schnellstmöglich erfolgen und das nicht nur im Bereich der Stromerzeugung. Der weltweite Ausbau regenerativer Energien und die Erweiterung der Forschung im Bereich stromeffizienter Geräte und Maschinen soll sich Deutschland weltweit einsetzen und erweitert werden, sowie gesetzliche Vorschriften für die Energieverbräuche von Maschinen und Verbrauchern erlassen werden

Die jetzt schon vorhanden Techniken und Möglichkeiten effizienter Energienutzung müssen ausgeschöpft werden und die Forschung nach Energieeffizienten Techniken massiv gefördert werden.

10.4. Unsere Perspektive : Erneuerbare Energien

Grundsätzlich muss der Einsatz von Nachwachsenden Rohstoffen gegenüber dem der fossilen Rohstoffe attraktiver werden, auch in den Bereichen der Konsumgüter- und Verpackungsproduktion.

Wir halten die Nutzung der Kernenergie für nicht verantwortbar und fordern die Abschaltung der Atomkraftwerke. Statt dessen wollen wir bis 2020 Strom aus rein regenerativen Energiequellen produzieren und zu beziehen. Hierzu ist es nötig das sich Deutschland auch weltweit für den Ausbau regenerativer Energien einsetzt und die Forschung im Bereich stromeffizienter Geräte und Maschinen erweitert werden, sowie gesetzliche Vorschriften für die Energieverbräuche von Maschinen und Verbrauchern erlassen werden. Auch im Bereich der Wärmeenergieerzeugung muss ein Wandel hin zu regenerativen Energien betrieben werden.

10.5. Mobilität

Wir setzen uns für ein „faires Miteinander“ von Individual- und öffentlichem Verkehr ein. Hierzu gehört das weitere Verlagern von Frachtverkehr auf Schiene und Wasserstraße sowie die Besteuerung von Flugbenzin. Eine PKW-Maut lehnen wir ab. Der Erhalt der Infrastruktur darf nicht dem allgemeinen Sparwillen geopfert werden. Die Kraftfahrzeugsteuer sollte aus ökologischen Gründen von Hubraum auf CO₂-Emissionen umgestellt werden um den Bau sauberen, verbrauchsarmen Fahrzeugen zu fördern. Den Dieselpartikelfilter sehen wir selbstverständlich als Pflicht! Wir lehnen den weiteren Abbau von Bahnkapazitäten strikt ab und setzen uns für flächendeckendes ÖPNV-Angebot auch im ländlichen Raum ein. Nachtangebote in Verkehrsverbänden sollte eine Selbstverständlichkeit sein.